

Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Tageblatt Riesa,
Bernau Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa befähigter bestimmte Blatt.

Postfachamt
Dresden 1580,
Telegraphenamt
Riesa Nr. 52.

Nr. 127.

Donnerstag, 4. Juni 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Frete Tarife. Wenigster Rabatt erzielt, wenn der Beitrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegervereinigungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Regierungsfleg in Rumänien.

Wie die Wahlen gemacht wurden. — Die gegenwärtige Lage. — Was soll aber werden?

In Rumänien haben am Montag die Wahlen für Senat und Kammer begonnen, die am 6. Juni regulär beendet sein sollen. Wertwüdigerweise veränderte aber die Regierung in Bukarest bereits am Abend des 2. Juni, daß sie den vorausgesetzten Wahlsieg errungen und 55 bis 60 Prozent aller Stimmen zu gewinnen verstand. Etwas kleinlaut wird hinzugefügt, daß die Wahlteilnahme überaus schwach war. Dieser Regierungssieg aus dem Balkan bedarf für den ehrbaren Mitteleuropäer einiger Erläuterungen.

Wie in den Zeiten, in denen die Familie Brătianu in Rumänien ziemlich unbeschränkt herrschte, so wurden auch jetzt in der Wera des feuchlich zurückgekehrten Königs Carol die Wahlen in aller Eile gemacht. Mit der Regierungspartei Jorga, bei der es sich so recht eigentlich um die Königspartei handelt, hatten sich zu Beginn des Wahlkampfes die Liberalen unter Duca und die deutsche Minderheitspartei verbündet. Aus Grund des Wahlschlusses sagte Ministerpräsident Jorga den Liberalen 80 Kammerstimmen und 20 Sitze im Senat und der deutschen Minderheit für beide Häuser insgesamt 16 Mandate zu. Den Rest der Sitze beanspruchte er für sich selbst. Man sieht also, daß die Mandate schon vor der Wahl in aller Form verteilt waren.

Die Oppositionsparteien erwiehen dem Ministerpräsidenten die Freundschaft, daß sie sich nicht zusammenschlossen, sondern getrennt vorgingen, um geschlagen zu werden. Es zogen nebeneinander und gegeneinander in den Wahlkampf die nationalen Bauern unter Führung Maniu, die Nationalisten von der Richtung Dr. Lupus, die Sozialdemokraten, die Wareschauer, die Ungarn, die Ukrainer und Bulgaren, die nationalen Juden und die Antisemiten vom Schlage Professor Guzas. Die Kommunisten etablierten sich als Arbeiter und Bauern und außerdem zogen zwei neue Parteien in den Wahlkampf. Die eine von ihnen nannte sich Demokratische Bauernpartei und wurde von Professor Stere geführt, der sich von Maniu getrennt hatte, die andere nannte sich Jungliberale Partei und wurde von Georg Brătianu, dem Erben der „Donaufröhen“, geführt. Niemand in Rumänien hat von dem Wahlausgang besondere Überraschungen erwartet oder befürchtet, niemand strengte sich auch besonders an, um die Gemüter der Wähler zu erhitzen, und niemand im Lande zweifelte daran, daß die Regierungssieger die Opposition unterliegen und daraufhin nach dem geltenden Wahlgesetz die Stimmen für die kleineren Gruppen vollkommen unter den Tisch fallen würden.

Alles kam, wie erwartet wurde. Der Regierungsbund erhielt die gewünschte Mehrheit und die nationalen Bauern, die vor drei Jahren noch 78 Prozent aller Stimmen auf sich vereinigten, schmolzen auf 16 Prozent zusammen und werden aus einer erdrückenden Mehrheit zu einer kaum beachtenswerten Minderheit im Parlament. Georg Brătianu erzielte mit 7 Prozent der Stimmen einen Achtungserfolg und wird mit nahezu anderthalb Dutzend seiner Freunde in der Kammer erscheinen. Auch General Averescu hatte Erfolg, insofern er nämlich mit etwa einem Dutzend seiner Freunde, also in doppelter Stärke ins Parlament zurückkehren wird. Mit 12 Mandaten kommen auch die Ungarn wieder. Ebenso stark sind beinahe auch die Antisemiten unter Führung Guzas. Der Rest der Parteien wird in der neuen Kammer kaum vertreten sein. Beachtung verdient fernerhin, daß die nationalen Bauern Maniu in Siebenbürgen und im Banat trotz aller Quertreibereien der Regierung Jorga gut abschnitten. Hinzugefügt soll schließlich noch werden, daß die Oppositionsparteien in zahllosen Fällen Beschwerden beim Ministerpräsidenten, beim Innenminister und selbst beim König gegen das Vorgehen der Regierung und der Behörden erhoben, daß diese aber von Jorga zurückgewiesen und die Schuld an allen Zwischenfällen auf die Oppositionsparteien geschoben wurde. Es ist nicht an der Stelle, in diese innerpolitischen Angelegenheiten der Rumänen und einzugreifen, weshalb hier lediglich bemerkt werden soll, daß dies keine Neuerung ist, was man in den rumänischen Kirchen immer noch gläubig die Worte sagt: „Wie es war so alter Zeit, so bleibt es bis zu Untergang.“

Der Wahlausgang ist für uns Deutsche deswegen von besonderem Interesse, weil die deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen nach dem Sturz des Kabinetts Mironescu unter der Herrschaft des gegenwärtigen Kabinetts Jorga infolge einer unbegreiflichen Herausforderung und Bräuterei der deutschen Reichsregierung abgebrochen wurde. In aller Erinnerung ist es noch, daß die rumänische Regierung die deutsche Reichsregierung ersuchte, ihre Unterhändler zu Entlassung und nach Bukarest zu senden, daß diese auch bereits unterwegs waren, als der neue rumänische Außenminister, Brina Ghika, Berlin wissen ließ, daß die Ankunft der deutschen Unterhändler in der rumänischen Hauptstadt unerwünscht wäre, so lange die Außenminister der Kleinen Entente dortselbst tagten. Die ganze diplomatische Welt war sich darüber einig, daß Brina Ghika, der kurz zuvor noch rumänischer Gesandter in Rom war, unmöglich das nach Form und Inhalt anstößige Beslangen an Berlin gerichtet hätte, wenn er nicht vollkommen unter französischem Einfluß und Druck gestanden hätte. Ob und wann

Die Notverordnung fertig.

* Berlin. Das Reichskabinett schloß am Mittwoch nachmittag seine Beratungen über die neuen Notverordnungen ab. Am Anschluß hieran besaß sich der Reichsfinanzminister Dr. Brüning zum Reichspräsidenten und hielt ihm einen längeren Vortrag über die geplanten Maßnahmen und die diesbezüglichen Beratungen des Reichskabinetts. Der Reichspräsident wird nunmehr voraussichtlich am Freitag der Woche die Notverordnungen unterzeichnen, die dann freitagabend am Sonnabend veröffentlicht werden dürften.

Der vorläufige Inhalt der Notverordnung.

* Berlin, 3. Juni. (Telefon.) Die neue Notverordnung wird, wie die Telegraphen-Union erfährt, etwa zwei Dutzend Einzelgesetze enthalten und gleichzeitig mit einer eingehenden Erklärung der Reichsregierung veröffentlicht werden, in der diese an den Opfermann des deutschen Volkes appelliert, gleichzeitig aber auch die Versicherung auspricht, daß die Reichsregierung die Revision der Tribuslasten unverzüglich in Angriff zu nehmen entschlossen sei.

Dem Inhalte nach wird die Notverordnung fünf Gruppen von Fragen umfassen.

1. Erparnismaßnahmen.
2. Neue Steuern.
3. Maßnahmen zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung und der sonstigen Sozialversicherungen.
4. Maßnahmen zur Besserung des Arbeitsmarktes.
5. Neue Mittel für die Länder.

Die Erparnismaßnahmen am Reichshaushalt sollen etwa 220 bis 230 Millionen Mark erbringen. Sie sehen sich annehmen aus Abstrichen bei den Sachausgaben unter anderem mit 80 Millionen beim Reichswehrhaushalt, ferner 60 Millionen durch den Fortfall der Rückzahlung von Lohnsteuern der einziehenden Arbeitslosigkeit, verschiedenen anderen kleineren Erparnissen, sowie endlich den Gehaltskürzungen bei den Beamten. Die Gehälter der Beamten werden um 4 bis 8 v. H. gekürzt. Weiter soll die Kinderzulage für das erste Kind herabgesetzt werden. Auch die Renten der Kriegsbekämpften werden um 4 v. H. gekürzt.

Die Steuererhöhungen sollen rund 700 Millionen erbringen. Davon entfallen auf die Erhöhung der Zuckersteuer etwa 110 Millionen, Mineralölsteuer etwa 75 Millionen, Tabaksteuer etwa 18 Millionen. Den größten Betrag soll die neue eingeführte Kriesssteuer mit 440 Millionen erbringen. Sie soll nach zwei verschiedenen Steuerarten erhoben werden und zwar a) als Kriesssteuer von den Löhnen und Gehältern (ohne Beamte) und b) als Kriesssteuer der Veranlagten von den veranlagten Einkommensteuerverpflichtigen. Die Kriesssteuer beträgt bei Monatsverdiensten bis 300 Mark 1 v. H., bei Monatsverdiensten bis 700 Mark 1,5 v. H., bei Monatsverdiensten bis 1000 Mark 3 v. H., bei Monatsverdiensten bis 1500 Mark 4 v. H., bei Monatsverdiensten bis 3000 Mark 5 v. H., bei Monatsverdiensten über 3000 Mark 6 v. H. Die Kriesssteuer der Veranlagten soll betragen bis 3000 Mark Jahresverdienst 1 v. H., bis 30 000 Mark 1,5 v. H., bis 100 000 Mark 2 v. H., bis 250 000 Mark 2,5 v. H., bis 500 000 Mark 3 v. H., bis 1 Million 3,5 v. H., über 1 Million 4 v. H.

Die Maßnahmen zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung sehen keine Beitragserhöhungen vor. Man will vielmehr die Sanierung durch innere Reformen erzielen, die Erparnissen im Betrage von etwa 300 Millionen Mark ergeben. So sind unter anderem vorgesehene eine Verlängerung der Wartezeit, besondere Maßnahmen hinsichtlich der landwirtschaftlichen Saisonarbeiter und anderes mehr. Sämtliche Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung werden um 5 v. H. gekürzt. Die Trennung von Arbeitslosen und Arbeitsfähigen bleibt vor der Hand bestehen. Allem Anschein nach soll bei der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsfähigen nachweis erbracht werden, da erweiternde Maßnahmen ein großer Prozentsatz der Arbeitslosen keinen Antrag auf Unterstützung stellt, sondern die Mittelungen der Beamten abwartet. In den übrigen Sozialversicherungen werden Reformen nur in geringem Umfange erfolgen. Bei der Unfallversicherung sollen die fixierten Renten in höherem Umfange gänzlich verschwinden.

Die Maßnahmen zur Aufhebung des Arbeitsmarktes sehen in der Schaffung eines Aufbesserungsfonds für die Wirtschaft aus den überschüssigen Beträgen sowie in der Ermächtigung zur Kürzung der Arbeitszeit. Das Reichskabinett erhält die Ermächtigung, die gesetzliche Arbeitszeit in besonderen Fällen auf dem Verordnungswege für bestimmte Wirtschaftszweige auf 40 Stunden wöchentlich zu verkürzen. Die Erparnisse und die Mehreinnahmen der indirekten Steuern sollen für die Deckung des Staatsdefizits verwendet werden. Für die Deckung eines etwaigen Restdefizits und des Restdefizits bei der Arbeitslosenversicherung sowie für den sonstigen Bedarf bei der Arbeitslosenversicherung wird in erster Linie das Einkommen aus der Kriesssteuer sowie der etwaige Mehretrag aus der monatlichen Erhebung der Umlagesteuer veranschlagt.

Die Kürzungen der Beamtengehälter in den Ländern und Gemeinden fließen den Ländern und Gemeinden zu, die des weiteren auch die Mittel aus der bisherigen Rückerstattung der Lohnsteuer erhalten. Ferner erhalten Länder und Gemeinden Mittel aus dem Ausgleichsfonds bei der Staatsausgabensteuer, der etwa 110 Millionen enthält, so daß Länder und Gemeinden rund 400 Millionen Mark erhalten.

Im ganzen stellt die Notverordnung ein geschlossenes Programm mit dem Zweck der Stabilisierung dar. Auch in Kreisen des Reichskabinetts ist man sich durchaus darüber klar, daß die politische Situation bei dieser Verordnung schwieriger ist als bei der am vorigen Dezember. Das hat seinen Grund vor allem darin, daß jetzt nicht, wie damals, nur einige wenige Berufsständchen betroffen werden, sondern daß die Not diesmal Maßnahmen erfordert, die das ganze deutsche Volk betreffen und selbst den Erwerbslosen, Kriegsbeschädigten und Kleinrentnern gewisse Opfer auferlegen. Die Reichsregierung wird die Notwendigkeit dieser Maßnahmen in der Kundgebung begründen, die gleichzeitig mit der Notverordnung veröffentlicht werden wird.

Es ist übrigens anzunehmen, daß die 40-Stunden-Arbeitswoche mit dieser Verordnung gleichmäßig nicht festgelegt wird. Hierüber ist heute noch ausführlich beraten worden. Das Kabinett hat die Festlegung aber offenbar aus einer Reihe von Gründen im Augenblick nicht für opportun gehalten.

Die Arbeitslosigkeit vor der Genfer Konferenz.

Der Standpunkt der deutschen Arbeitnehmer: Verkürzung der Arbeitszeit.

Genf. (Funkpr.) Die Vollversammlung der internationalen Arbeitskonferenz hat heute die öffentliche Aussprache über die Frage der Arbeitslosigkeit fortgesetzt. Die Diskussions-Grundlage bildeten die Vorschläge, die der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in seinem Bericht der Konferenz vorgelegt hat.

Den Standpunkt der deutschen Arbeitnehmergruppe legte der Reichstagsabgeordnete Hermann Müller dar. Er wandte sich zunächst ebenso, wie es der Vertreter der englischen Arbeitergruppe vorher getan hatte, gegen die Angriffe, die in der gestrigen Sitzung der Arbeitgebergruppe der englischen Arbeitgebervertreter und auch der englische Regierungsvertreter gegen den Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, gerichtet hätten. Von diesen Angriffen rief die Arbeitnehmergruppe ab. Müller erklärte, er habe auch kein Verständnis für die Haltung der englischen Arbeiterregierung. Wenn England das Wahlfingerabkommen über den Achtstundentag ratifiziert hätte, dann hätte kein anderes Land zurückbleiben können.

Die Handelsvertragsverhandlungen wieder aufgenommen werden, steht noch dahin. Die rumänische Presse hat aber in den letzten Tagen wiederholt darauf hingewiesen, daß die freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich mit dem Abbruch der Verhandlungen zu teuer bezahlt wären, wenn man sich in Paris nicht entschließen könnte, entsprechende Kompensationen zu leisten. Die Mahnungen und Drohungen wurden in den letzten Tagen so deutlich, daß die Pariser Presse zum

amentlich die deutschen Arbeiter hätten die Haltung Englands bedauert. Der Direktor habe in früheren Jahren wiederholt auch an deutschen Maßnahmen Kritik geübt auf deutscher Seite hätte man sich demgegenüber aber weniger empfindlich gezeigt, als jetzt die englische Regierung. Der Bericht des Direktors über die Arbeitslosigkeit, führte Müller aus, lasse den Schwung vermissen, mit dem das Problem angepackt werden müsse. Man sehe keine Lösungen, die 40stündige Arbeitswoche müsse eingeführt werden. Die Arbeitslosigkeit werde eine Dauererscheinung des kapitalistischen Systems bleiben und deshalb müsse eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit einleiten. Nur durch die Erhöhung der Kaufkraft könne das Problem dauernd gelöst werden. Preissteigerungen seien die wirkungsvollste Maßnahme. In seinem Bedauern müsse er hier erklären, daß die deutschen Arbeitgeber ihre ganze Kraft auf eine Senkung der Löhne konzentrierten. Die Produktion müsse unter der Kontrolle des Staates gestellt werden, Müller schloß, daß im Hintergrund der schienen Krise Chaos, Bürgerkrieg und namenloses Elend lauzierten.

Gegenangriff überging und den Minister Argetoiano der Deutschfreundlichkeit verdächtigte. Prompt erwiderten die Rumänen, daß der Minister ausschließlich die wirtschaftlichen Interessen der Bauern und der Geschäftleute des Landes vertrete und die Deutschen allein imstande wären, das überschüssige Getreide Rumaniens abzunehmen. Mit nebelhaften Versprechungen, wie sie der Gegenplan Briand's enthielte, wäre niemandem geholfen.